

jugendsozialarbeit nord

- I n f o d i e n s t - Sonderheft MIGRATION

Liebe Leserin, lieber Leser,



wir freuen uns, Ihnen ein Sonderheft „Migration“ vorlegen zu können.
Warum ein Sonderheft Migration?

Die Konsequenzen der Neuausrichtung der Landespolitik im Bereich Migration sind zur Zeit noch nicht erkennbar und somit von Verunsicherung geprägt.

Aufgrund der vielen Umstrukturierungen und den damit verbundenen Unsicherheiten auch im Bereich der Jugendsozialarbeit halten wir es für notwendig, die Belange von jugendlichen Migrantinnen und Migranten öffentlich zu machen und uns für ihre soziale und berufliche Integration einzusetzen.

Wo steht das Land ein halbes Jahr nach dem Regierungswechsel? Was hat sich seitdem verändert und was geht dabei auf die Landespolitik zurück?

Diese Fragen beschäftigen viele in der Migrationsarbeit mit jungen zugewanderten Menschen Tätigen. Die Zukunft der Sprach- und Integrationskurse ist immer noch ungeklärt, allenfalls Absichtserklärungen der Bundes- und Landesregierung sind auszumachen. Die Folgen einer verfehlten Sprach- und Bildungsförderung sind durch die Pisa Studie deutlich aufgezeigt worden.

Eine erfolgreiche Integrationspolitik muss durch eine initiativ gestaltete Umsetzung geeigneter Maßnahmen erfolgen, die es ermöglichen, dass alle Akteure sachdienlich an deren Umsetzung arbeiten können. Hierzu ist notwendig, dass das Land zunächst ein konkretes bedarfs- und zukunftsorientiertes Handlungskonzept erstellt.

Entscheidend sind Maßnahmen, die auf eine jugendspezifische Integrationsförderung für alle jungen ZuwanderInnen sowie für Jugendliche mit Migrationshintergrund unabhängig von ihrem Status abzielen.

Das Erreichen dieses Ziels setzt das Fortbestehen und den weiteren Ausbau bewährter Programme und Maßnahmen voraus und die Einsicht, dass Integration ein **beidseitiger Kraftakt** ist.

Mit dem Sonderheft "Migration" verfolgen wir das Ziel, über die Situation benachteiligter jugendlicher Migrantinnen und Migranten mit Beiträgen aus Politik und Praxis zu informieren, verbunden mit der Hoffnung, Praxis und Politik miteinander ins Gespräch zu bringen und gemeinsam Wege zu gehen, die ein Zusammenleben in gegenseitiger Achtung und Toleranz ermöglichen.

Inhalt

- Stellungnahme der migrationspolitischen Sprecher/ innen der Fraktionen
- Handlungsplan Integration
- Diskriminierung durch Sprache
- Das Netzwerk der kooperativen Migrationsarbeit in Nds.
- Berichte aus der Praxis
- Zur Lebenssituation der Migrantinnen und Migranten
- Impressum

Stellungnahme der migrationspolitischen Sprecher/innen der Fraktionen

Integration fördern und fordern

Stellungnahme von Hans-Christian Biallas, Beauftragter für Ausländerpolitik der CDU- Fraktion im Niedersächsischen Landtag, zum Thema: „Konzepte zur Verbesserung der Situation und Entwicklung von benachteiligten jugendlichen Immigranten in Niedersachsen



Ziel niedersächsischer Integrationspolitik ist in erster Linie die erfolgreiche Eingliederung der bereits hier rechtmäßig und auf Dauer lebenden und der neu zuziehenden Migrantinnen und Migranten in die soziale, wirtschaftliche und rechtliche Ordnung unseres Staates. Auf Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren ruht hier besonderes Augenmerk.

Zwar sind viele Migrantinnen und Migranten weitgehend integriert, gleichwohl gibt es weiterhin einen erheblichen Bedarf an integrativen Maßnahmen, vom Erlernen der deutschen Sprache bis hin zur Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt. Unsere Grundsätze für eine moderne Integrationspolitik sind daher Fördern und Fordern.

Sowohl der Einzelne, als auch die Gesellschaft sind im Alltag von den komplex verlaufenden Integrationsprozessen betroffen. Integration bedeutet das Hineinwachsen in die zentralen Lebenssituationen unserer Gesellschaft: in die Wirtschafts- und Arbeitswelt, in das Bildungs- und Qualifikationssystem, in die Nachbarschaften und die politische Sphäre. Parallel dazu entwickelt sich zumeist die Integration in das soziale Umfeld, wie bei der Freundes- und Partnerwahl.

Eine weitere Dimension der Integration betrifft die Identifikation mit den Werten und Normen sowie den Spielregeln in einer modernen, demokratischen Gesellschaft, die eine Zugehörigkeits- und Identifizierungsbereitschaft voraussetzt.

Eine Integration kann nur gelingen, wenn eindeutige und erfüllbare Forderungen an die Zugewanderten formuliert werden und diese eine Bereitschaft zur Integration mitbringen.

Migrantinnen und Migranten müssen akzeptieren, dass die Bildung von Parallelgesellschaften für eine erfolgreiche Lebensgestaltung in unserer Gesellschaft kontraproduktiv ist und die Integrationsbereitschaft der einheimischen Bevölkerung negativ beeinflusst.

Eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in Deutschland erfordert neben praktischem Orientierungswissen Kenntnisse in Rechtsordnung, der Kultur und der Geschichte. Es kommt entscheidend darauf an, in wieweit Akzeptanz und Respekt der Vielfalt im Alltag erlebt und erfahren werden können. Für Ausländer, die dauerhaft in unserem Land bleiben, gibt es verpflichtende Integrationskurse. Inhalte sind etwa deutsche Sprache, unsere Geschichte und Rechtsordnung. Sie sollten die erste gesellschaftliche und berufliche Orientierung bilden.

Ein besonderer Schwerpunkt zur Verbesserung der Situation bei benachteiligten Immigranten ist die Integration der Jugendlichen in Ausbildung und Arbeit. Dafür müssen individuelle Potenziale der Jugendlichen diesen bewusst gemacht und gestärkt werden. Als Maßnahme müssen deshalb die bisherigen Jugendprogramme RAN, RABAAZ, Jugendbüros und AQs zu einem neuen einheitlichen Programm „Pro-Aktiv-Centren“ zusammengefasst werden. Einheitlich neue konzeptionelle Schwerpunktsetzungen müssen für alle bisherigen Programmelemente gelten:

- präventive Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit
- sofortige Alternativen zum Sozialhilfebezug junger Menschen
- Durchführung von Sonderaktionen (z.B. Akquise von Ausbildungsplätzen)

- Heranführung benachteiligter junger Menschen an eine berufliche Selbstständigkeit und Unternehmertum

Doch auch jugendliche Straffällige (meist männliche Spätaussiedler) sind eine problematische Zuwanderungsgruppe im Jugendstrafvollzug unter dem Gesichtspunkt der Integration, da ihre soziale Eingliederung geprägt ist von Integrationsfehlschlägen. Ihre Probleme sind nicht nur unzureichende Sprachkenntnisse, sondern auch Arbeitslosigkeit, Misserfolge in der Schule und Suchtabhängigkeit. Diesen Problemen soll mit einer stärkeren Vernetzung der Arbeit der „Brückenstelle“, eine seit Oktober 1998 bei der Jugendanstalt Hameln bestehende Beratungs- und Betreuungsstelle für straffällig gewordene jugendliche Spätaussiedler, mit der Jugendsozialarbeit am Wohnort entgegengetreten werden, um die Integrationschancen dieser Häftlinge zu erhöhen. Wichtigstes Ziel ist dabei einerseits die Integration in die Gesellschaft, andererseits ins Berufsleben.

Erforderlich ist eine stärkere Einbeziehung der Familie bzw. der Eltern in die Aufgaben und in die Arbeit der wesentlichen institutionellen Orte der Integration wie KiTas, Schule, Berufsausbildung und das Berufsleben.

Dadurch können frühzeitig Chancen einer guten Bildung und Ausbildung für Mädchen und Jungen vermittelt, das gleichberechtigte Rollenverständnis der Geschlechter in unserer Gesellschaft im Alltag verdeutlicht und partiell Unterstützungsleistungen wie Sprachkurse („Mama lernt Deutsch“) zur besseren Integration der Eltern - in der Regel den Müttern – angeboten werden.

Jugendsozialarbeit unter migrationspolitischen Aspekten

Georgia Langhans, MdL Bündnis 90 / Die Grünen

Laut Presseaussagen werden die Mittel für ambulante sozialpädagogische Maßnahmen für straffällige Jugendliche und Heranwachsende zunächst nicht gestrichen. Damit können die vorhandenen Einrichtungen ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen. Auch die Zukunft interkultureller sozialer Trainingskurse für deutsche und ausländische Jugendliche, die straffällig geworden sind, scheint gesichert zu sein. Solche Kurse sind einerseits

Maßregel nach dem Jugendgerichtsgesetz, andererseits leisten sie einen nicht unerheblichen Beitrag zur Integration.

Durch die Zusammensetzung der Gruppen aus verschiedenen Nationalitäten wird für mehr Verständnis für die unterschiedlichen Kulturen geworben und es wird ein Abbau von Vorurteilen erreicht. Gleichzeitig wird deutlich, dass Integration keine Einbahnstraße ist, in der sich die Zugewanderten den kulturellen Gepflogenheiten der Mehrheitsgesellschaft anpassen müssen, sondern ein Prozess, in dem beide Seiten aufeinander zugehen.

Mit Sorge beobachte ich die Entwicklung in Niedersachsen. Hier wird hauptsächlich darüber debattiert, wie viel Zwang Integration erfordert; ob Menschen, die ihren Deutschkurs nicht erfolgreich absolvieren, ausgewiesen werden sollen oder ob ihnen "nur" der Familiennachzug versagt werden soll, bis sie den Deutschkurs erfolgreich absolviert haben. Dass in einem solchen gesellschaftlichen Klima die Integrationsbereitschaft nicht gefördert wird, ist augenscheinlich. Zweifellos ist der Erwerb der deutschen Sprache die Grundvoraussetzung für die Integration von MigrantInnen und AussiedlerInnen. Der hohe Anteil ausländischer Jugendlicher und junger Aussiedler ohne Schulabschluss und damit ohne Aussichten auf einen Ausbildungsplatz ist auch auf jahrelange Versäumnisse in der Integrationspolitik zurückzuführen, Versäumnisse, die heute nicht mehr nur durch besondere Sprachförderung nachgeholt wer-



den können. Die vergleichsweise erheblich schlechtere und belastendere Lebenssituation und Zukunftsperspektive von jungen ausländischen Mitbürgern und Aussiedlern dürfen nicht ausgeblendet werden. Dies trifft in besonderem Maße auf Jugendliche zu, die hier seit Jahren ohne gesicherten Aufenthaltsstatus leben.

Jugendsozialarbeit leistet einen wesentlichen und notwendigen Beitrag zur Integration von heranwachsenden Ausländern und Aussiedlern. Es ist wichtig, auch zukünftig diese Arbeit finanziell abzusichern, wie **zum Beispiel** die Schulsozialarbeit oder die stadtteilorientierte Integrationsarbeit.

Angesichts der desolaten Lage öffentlicher Haushalte muss es im Interesse der Landesregierung liegen, Maßnahmen zu unterstützen, die langfristig erhebliche Mehrkosten verhindern. Eine ambulante sozialpädagogische Maßnahme für straffällige Jugendliche und Heranwachsende kostet pro Teilnehmer 2,52 Euro, während ein Tag Jugendarrest den Landeshaushalt mit ca. 70 Euro und ein Tag Jugendstrafhaft mit 90 Euro belasten.

Die Zusammenlegung von RAN, RABaZ und Migra-RABaZ (**Jugendbüros**) darf nicht unter dem ausschließlichen Gesichtspunkt von möglichen Einsparungen erfolgen. Ein einheitliches Programm mit einer einheitlichen Förderrichtlinie muss, abgesehen von der örtlichen Anbindung, auch weiter unterschiedliche Schwerpunkte und Ausrichtungen ermöglichen.

Der Praxis des "Forderns und Förderns" darf nicht einseitig zu Lasten des Forderns ausgelegt werden.

Jugendliche Migranten

*Aus Gründen besserer Lesbarkeit wird in diesem Text stets nur eine geschlechtliche Form für summarische Begriffe verwendet
Roland Riese, FDP*



Deutschland braucht ein Einwanderungsgesetz! Im europäischen Kontext müssen vergleichbare Regelungen geschaffen werden, die unter anderem sicherstellen, daß die rechtliche Stellung von Migranten klar beschrieben ist. Nachbarländer machen es uns vor:

Beim wie auch immer begründeten Einreisewunsch legen sie klar dar, welche Anforderungen sie an Einwanderer stellen und welche Entwicklungsmöglichkeiten sie diesen bieten können. Migranten, die nach Deutschland einreisen und dauerhaft verbleiben wollen, haben einen Anspruch auf ein faires und zügiges Verfahren, das ihnen Zukunftssicherheit bietet. Sowohl Asylanträge als auch andere Anträge auf Aufenthaltstitel müssen rasch bearbeitet werden und zu klaren, nachprüfbaren Ergebnissen führen.

Ist der Aufenthaltswunsch nicht auf einen Asylantrag begründet, so soll, sofern ein dauerhafter Aufenthalt angestrebt wird, Deutschland als aufnehmendes Land klarstellen, was es Zuwanderern bietet, aber auch, was es von ihnen verlangt. Dazu gehören die Verringerung der Vielfalt von Aufenthaltstiteln und das Angebot der Einbürgerung für Zuwanderer der zweiten Generation sowie für Zuwanderer nach fünfjährigem Aufenthalt.

Unbestrittenes gesellschaftliches und politisches Ziel ist die Integration von Zuwanderern. Das wichtigste Mittel hierzu ist das Erlernen der deutschen Sprache, sofern sie nicht bereits im Zeitpunkt der Zuwanderung beherrscht wird. Integration darf hingegen nicht bedeuten, daß von den Zuwanderern die Preisgabe ihrer kulturellen Identität verlangt wird. Die kulturelle Vielfalt darf nicht nur in Sonntagsreden gepriesen werden. Daß sie eine Bereicherung ist, zeigt die Kulturgeschichte in Deutschland ebenso wie in allen anderen Ländern. In allen Zeiten der Geschichte haben sich Gesellschaften durch Anregungen und Einflüsse von außen gewandelt und sind gerade an solchen Einflüsse gewachsen.

Jugendliche Migranten haben oftmals in noch geringerem Maße als Erwachsene aufgrund eigenen Entschlusses ihre Heimat verlassen, um zu uns zu kommen. Als Familienangehörige hatten sie vielfach keine Wahl. Ihre Bereitschaft zur Integration kann dadurch nicht immer als gegeben vorausgesetzt werden. Deswegen hat die Gesellschaft ihnen gegenüber eine besondere Verantwortung, ihnen den Weg in ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Dazu gehört ein Bildungsangebot, das ihnen unmißverständlich die gesellschaftlichen Regeln nahebringt, deren Verständnis es ihnen ermöglicht, den Erwerb umfassender Sprachkenntnisse als persönliches Ziel zu begreifen und anzustreben. Nur durch ein Verständnis und die Akzeptanz dieser Regeln eröffnen sich die Möglichkeiten einer Schulbildung sowie der ungehinderte Zugang zu weiterführender Bildung, sei es einer Berufsausbildung oder einer Hochschulbildung. Unsere Gesellschaft hingegen muß Respekt vor Kenntnissen und kulturellen Fähigkeiten, die in früheren Lebensabschnitten bereits erworben wurden, beweisen, und dazu beitragen, diese weiter zu entwickeln.

Nur durch eine entschlossene Integrationspolitik nach diesen Grundsätzen, für die die FDP sich einsetzt, kann dem verständlichen Verhalten jugendlicher Migrantengruppen begegnet werden, die aufgrund der Schwierigkeiten des Hineinwachsens in unsere Gesellschaft dazu neigen, sich zu Volksgruppen zusammenzuschließen und gesellschaftliche Subsysteme zu bilden, die sich für die Angehörigen solcher Gruppen jedoch oftmals als Sackgasse herausstellen.

Handlungsprogramm Integration

Die Niedersächsische Landesregierung hat am 29. September 2003 ihr Handlungsprogramm Integration der Öffentlichkeit vorgestellt. Im folgenden werden die Maßnahmen skizziert, die für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund getroffen bzw. neu gebündelt werden sollen.

Maßnahmen zur Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten in Niedersachsen 2003

- Schwerpunkt : Kinder und Jugendliche -

A . Integration fördern und fordern

„Ziel niedersächsischer Integrationspolitik ist in erster Linie die erfolgreiche Eingliederung der bereits hier rechtmäßig und auf Dauer lebenden und der neu zuziehenden Migrantinnen und Migranten in die soziale, wirtschaftliche und rechtliche Ordnung unseres demokratischen Verfassungsstaates.“

„Grundlage ist, sich vorbehaltlos zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu bekennen und Chancengleichheit und gleichberechtigte Mitgestaltungsmöglichkeiten für alle in unserer Gesellschaft zu gewährleisten. **Das gibt den Zuwandernden Rechte und erlegt ihnen Pflichten auf, in dem sie:**

- **für sich und insbesondere für ihre Kinder Verantwortung für das Gelingen der Integration übernehmen**, z.B. durch Teilnahme an Sprachkursen und Kursen zur Geschichte und Rechtsordnung Deutschlands oder an Qualifizierungsmaßnahmen, durch frühzeitige Wahrnehmung von Kindergartenangeboten für Jungen und Mädchen, durch Förderung des Schul- und Ausbildungserfolges der Kinder, durch Nutzung entsprechender Unterstützungsangebote; schließlich dürfen auch die elterlichen Erziehungsaufgaben nicht vernachlässigt werden;

- **fundamentale Werte unserer Gesellschaft anerkennen und im Alltag leben**, wie z.B. Gewaltfreiheit in der Erziehung, die Gleichberechtigung und Gleichstellung von Frauen und Männern sowie Förderung der Entwicklungschancen von jungen Mädchen;
- **sich aktiv am Gemeinwesen beteiligen**, sich gegen Nationalismus, Fundamentalismus und Intoleranz in der Gesellschaft in der eigenen Gruppe wenden, Abschottung und parallelgesellschaftliche Ghettobildung vermeiden und mit der Verwaltung und den sozialen Dienste kooperieren.

„Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren“ sind generell Zielgruppe von Integrationsmaßnahmen und –bemühungen unabhängig von ihrer Nationalität, der Herkunft der Eltern, dem eigenen oder elterlichen ausländer- oder asylrechtlichen Status“

„Die Schwerpunkte des Niedersächsischen Handlungsprogramms Integration sind vorrangig auf folgende Bereiche ausgerichtet :

Sprache, Bildung und gesellschaftliche Partizipation
 Ausbildung und Arbeit
 Familien und Frauen im Integrationsprozess
 Kooperation von Jugendhilfe und Schule
 Verbesserung der unterstützenden Integrationsstrukturen in Niedersachsen
 Kriminal- und Gewaltprävention sowie öffentliche Sicherheit
 Interkulturelle Öffnung – offene Gesellschaft“

B. Sprache und gesellschaftliche Partizipation

1. Elementarbereich: Maßnahmen

- „Verbesserte Information und Stärkung der Bereitschaft bei den Eltern, ihre Kinder bereits mit drei Jahren im Kindergarten anzumelden. Das Informations- und Werbematerial wird über die regionalisierte Verbünde der Kooperativen Migrationarbeit und andere Stellen, die für Zuwanderinnen und Zuwanderer tätig sind, verteilt.“
- „Von einem besonderen Sprachförderbedarf ist auszugehen, wenn in Kindergärten der Anteil von Kindern aus Migrantenfamilien oder aus besonders benachteiligten Bevölkerungsgruppen einen Prozentsatz von 40% beträgt bzw. übersteigt. Die Landesregierung wird deshalb ab dem Kindergartenjahr 2003/2004 den Einsatz zusätzlicher kompetenter Fachkräfte in diesen Einrichtungen finanzieren.“

„Bei der Anmeldung zum Schulbesuch werden künftig die Sprachkenntnisse der Kinder festgestellt. Für Kinder, die ein Jahr vor der Einschulung über keine ausreichenden deutschen Sprachkenntnisse verfügen, wird ein zusätzliches schulisches Sprachförderangebot ein halbes Jahr vor Schuleintritt **verpflichtend** durchgeführt. **Die flächendeckende Einführung**

- **beginnt ab dem Schuljahr 2003/2004.“**
- Projekt „Mama lernt Deutsch“
- Fortbildungsoffensive mit konzeptionellen Schwerpunkt „Sprachförderung“ für Erzieherinnen und Erzieher und Ergänzung der Ausbildungskonzepte.

2. Schule: Maßnahmen

- „Flächendeckende Sprachstandserhebung und Sprachförderung vor der Einschulung“
- „Umsetzung des neuen Lehrplans für Deutsch als Zweitsprache“
- „Verankerung der Förderangebote als Bestandteil des schulischen Förderkonzeptes und Maßnahmen der Qualitätssicherung in diesem Bereich“
- „Ab 01.08.03 Durchführung eines Schulversuchs, Staatlicher deutschsprachiger Religionsunterricht für Muslime.“
- „Interkulturelle Neuorientierung des muttersprachlichen Unterrichts“
- „Einbeziehung von Lehrkräften aus den Herkunftsländern der zugewanderten Schülerinnen und Schüler in den Schulalltag und in den Regelunterricht“
- „Entwicklung standortspezifischer Schulprofile und Förderkonzepte mit mehrsprachiger und interkulturelle Ausprägung“
- „Implementierung interkulturelle Aspekte in den Unterricht der verschiedenen Fächer“
- „Überarbeitung, Zusammenführung und Aktualisierung der Erlasse zur Integration und Förderung von Schülerinnen und Schülern ausländischer Herkunft“
- „Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Schulen und außerschulischen Einrichtungen/außerschulischen Trägern von Integrationsmaßnahmen.“
- „Konsequente Umsetzung des niedersächsischen Berufsvorbereitungsjahrkonzepts“
- „Göttinger Institut – Sonderlehrgänge für Spätaussiedler e.V. : Für Spätaussiedlerjugendliche, um sie auf die Ergänzungsprüfung zur Anerkennung der deutschen Hochschulreife oder auf die Prüfung zur Fachhochschul- bzw. Hochschulreife vorzubereiten.“

3. Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule

Präventions- und Integrationsprogramm (PRINT)

"Lehrerinnen und Lehrer werden zusätzlich zusammen mit Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe durch berufsbegleitende Tandemweiterbildungen zu Präventionsfachkräften qualifiziert. Dadurch entwickelt sich additiv zu den 77 PRINT - Projekten ein Netz von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die eine gemeinsame fachliche Sichtweise von Prävention haben und gemeinsame Konzepte und Projekte realisieren. Gleichzeitig entsteht so ein Mehrwert von zusätzlich rd. 300 Kooperationsprojekten, die im Rahmen der bestehenden Ressourcen realisiert werden. Die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule wird damit auf Landesebene weiter forciert."

4. Hochschule

"Es erscheint nicht erforderlich, bei eventuellen Fördermaßnahmen spezifische Unterscheidungen zwischen Migranten/Migrantinnen und sonstigen ausländischen Studierenden, die nicht dauerhaften Niedersachsen bleiben, zu machen."

C. Ausbildung und Arbeit

1. Jugendliche: Maßnahmen - Integriertes Gesamtprogramm-

"Die bisherigen Jugendprogramme RAN, RABaZ, Jugendbüros und AQs werden zu einem neuen einheitlichen Programm: Pro - Aktiv - Zentren zusammengefasst. Für alle bisherige Programmelemente gelten einheitliche neue konzeptionelle Schwerpunktsetzungen:
Präventive Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit
Sofortige Alternativen zum Sozialhilfebezug junger Menschen
Durchführung von Sonderaktionen (z.B. Akquise von Ausbildungsplätzen)
Heranführung benachteiligter junger Menschen an eine berufliche Selbständigkeit und Unternehmertum."

Die Jugendwerkstätten unterstützen im Rahmen einer Neukonzeptionierung diese Schwerpunktsetzung.

Jugendliche ausländischer Herkunft gehören zur originären Zielgruppe dieser Programme und sind dort überproportional vertreten."

2. Hilfe für straffällige Jugendliche

„In der Jugendanstalt Hameln betrug der Anteil der Spätaussiedler im April 2003 mit 78 Personen 12,6% der Gesamtbelegung.

Die Bilanz der Brückenstelle zeigt, dass von den betreuten Jugendlichen 31% in ein Arbeitsverhältnis vermittelt wurden, sich in einem Ausbildungsverhältnis befanden oder an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen. Nur 14% der Jugendlichen wurden erneut inhaftiert.

Die Arbeit der Brückenstelle wird auch nach Ablauf der Modellphase zum 31.12.2002 fortgeführt. Das Land trägt jetzt 88% der Kosten der Maßnahmen (2003: 50.000 €)"

D. Familien und Frauen stärken

1. Migrantinnen im Integrationsprozess: Maßnahmen

- „Durchführung des Förderprogramms „Lebensweltbezogene Mädchenarbeit“ in den verschiedenen Bereichen der Jugendhilfe mit den Schwerpunkten Migration, Armut, berufliche Orientierung und Ausbildung, Erlebnispädagogik, Sport und Gesundheit sowie Partizipation.
- Alle Zufluchts- und Beratungseinrichtungen für Frauen stehen Migrantinnen offen.

Handlungsperspektiven

„Die Landesregierung wird über diese zunächst in einem ersten Schritt behandelten Schwerpunktthemen hinaus das Handlungsprogramm Integration als gemeinsamen Kompass der Anstrengungen des Landes weiterentwickeln.

In kommunikativer Interaktion und vertrauensvoller Zusammenarbeit mit allen im **Integrationsprozess relevanten Verbänden, Institution und Organisationen** sollen, ggf. auch unter Einbeziehung der Migrationsforschung insbesondere der niedersächsischen Hochschulen, unter anderem folgende integrationsrelevante Bereiche in Zukunft vertiefend thematisiert werden:

Sprache im Integrationsprozess (Kindergarten, Schule, Erwachsenenbildung)

- Kulturelle Integration

- Integration an Hochschulen
- Gesundheit und Migration
- Migration und Behinderung
- Migration und Alter
- Verbesserung der Datenlage

Diskriminierung durch Sprache

Über unsere und parallele Gesellschaften...

Assoziationen über die Sprache des Handlungsprogramms Integration der Niedersächsischen Landesregierung am Beispiel eines Satzes

„Migrantinnen und Migranten müssen akzeptieren, dass die Bildung von Parallelgesellschaften für eine erfolgreiche Lebensgestaltung in unserer Gesellschaft kontraproduktiv ist und die Integrationsbereitschaft der einheimischen Bevölkerung negativ beeinflusst.“
(Handlungsprogramms Integration, Seite 6)

Haben Sie diesen Satz verstanden? Ich nicht!

Über wen spricht der Autor oder die Autorin? Meint er erwachsene Menschen? Der Autor oder die Autorin scheint allmählich ungeduldig darüber zu werden, weil die Migrantinnen und Migranten etwas nicht einsehen wollen? So, als hätte er oder sie es doch schon viele Male gefordert und gefordert – aber nein, sie wollen nicht hören.

Möchten Sie so angesprochen werden? Ich nicht!

Was sollen die Migrantinnen und Migranten tun bzw. unterlassen? Sie sollen keine Parallelgesellschaften bilden, weil sie so nicht erfolgreich ihr Leben in unserer Gesellschaft gestalten können. Hören Sie auch das Drohende? Und was meint er mit „unserer“ Gesellschaft – ist es auch Ihre und meine? Wahrscheinlich – aber auf keinen Fall die Gesellschaft der Migrantinnen und Migranten, oder?

Was sind Parallelgesellschaften?

Der Begriff suggeriert, dass es Gesellschaften geben kann, die parallel zur Gesellschaft der Bundesrepublik existieren. Dann muss ich davon ausgehen, dass es eine einheitliche bundesrepublikanische Gesellschaft gibt. Falls es sie gibt, wie kann ich sie beschreiben und wie grenzen sich dann parallel dazu gebildete Gesellschaften ab. Parallelen berühren sich nicht: heißt das, dass zwei Gesellschaften nebeneinander bestehen können? Außerdem unterstellt der Begriff, dass die Migrantinnen und Migranten nicht nur die Absicht und den Willen sondern auch die Möglichkeit haben, sich eine eigene Gesellschaft aufzubauen neben der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Welches Gespenst wird hier an die Wand gemalt? Verfügen die Migrantinnen und Migranten über so viele ökonomische, politische und gesellschaftliche Ressourcen, um parallel zur bestehenden Gesellschaft eine eigene aufzubauen. Wie soll das gehen?

Migrantinnen und Migranten wohnen also gerne in bestimmten Stadtteilen – nicht weil dort die Mieten noch bezahlbar sind – sondern weil sie da sozusagen klammheimlich eine Parallelgesellschaft aufbauen können?

... dieses aber steht einer erfolgreichen Lebensgestaltung in unserer Gesellschaft im Wege. Sollen sie doch in einen Stadtteil ziehen, in dem nur Deutsche wohnen. Warum auch nicht! Und dort abgucken, wie diese ihr Leben erfolgreich gestalten.

„Die Bildung von Parallelgesellschaften beeinflusst die Integrationsbereitschaft der einheimischen Bevölkerung negativ“ – heisst das, die einheimische Bevölkerung ist nicht bereit, sich zu integrieren? Wohin denn? In die Parallelgesellschaften?

Gehen wir davon aus, dass hier der grammatikalische Bezug im Satzbau falsch ist und gemeint war, dass die einheimische Bevölkerung nicht bereit ist, dass sich Migrantinnen und Migranten in „unsere“ Gesellschaft integrieren. Dann haben doch alle, was sie wollen: die Einheimischen „ihre“ Gesellschaft für sich und die Migrantinnen und Migranten ihre Parallelgesellschaft, oder?

„Wer bereit ist, mit zu gestalten und die notwendigen Deutschkenntnisse erwirbt, wer für sein Leben Eigenverantwortung zeigt und nicht in eine Erwartungshaltung verfällt, bekommt die nötige Unterstützung für seine erfolgreiche Eingliederung in die hiesige Gesellschaft.“

(Handlungsprogramm Seite 6/7)

Wer ist hier gemeint? Ist das eine Ansprache an rüpelhafte Jugendliche, die nicht erwachsen werden wollen?

Welches Bild wird hier von den Migrantinnen und Migranten gezeichnet? Ist das eine Einladung zu einem Dialog? Würden Sie solch einer Einladung folgen mögen?

Autorin: Karin Manneke, Xenos Tandem

Türkische Sprichwörter und Redensarten und ihre deutsche Entsprechungen

Türkisch	wörtliche Übersetzung	Deutsche Entsprechung
Kafa ütölemek	Den Kopf bügeln	Jemanden voll quatschen
Etekleri zil caliyor	Ihre Röcke klingen	Vor Freude aus dem Häuschen sein
Iki kaptan bir gemiyi batirir	Zwei Kapitäne versenken das Schiff	Zu viele Köche verderben den Brei
Armut dalinin dibine dü_er	Die Birne fällt unter den Ast	Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm
_ahin ile deve avlanmaz	Mit einem Falken jagt man kein Kamel	Mit Kanonen auf Spatzen schießen
Atin ölümü itin bayramidir	Der Tod des Pferdes ist das Fest des Hundes	Des einen Freud' ist des anderen Leid
Her koyun kendi bacagin-dan asilir	Jedes Schaf wird an seinem eigenen Bein aufgehängt	Jeder ist seines Glückes Schmied
Bir cicekle bir yaz gelmez	Mit einer Blume kommt der Sommer nicht	Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer

Quelle: Sichtwechsel, Wege zur interkulturellen Schule



Quelle: Sichtwechsel, Wege zur interkulturellen Schule

Das Netzwerk der Kooperativen Migrationsarbeit in Niedersachsen

Seit 2000 werden in Niedersachsen die Beratungs- und Unterstützungsangebote für Migrantinnen und Migranten im Rahmen der Kooperativen Migrationsarbeit (KMN) organisiert. Unter Verantwortung der Ausländerbeauftragten des Landes Niedersachsen und mit Unterstützung einer Koordinationsstelle an der Universität Oldenburg ist es Aufgabe von 10 Regionalverbänden, die soziale und berufliche Integration der in Niedersachsen lebenden Zuwanderinnen und Zuwanderer zu verbessern. Auf diese Weise unterstützen landesweit mehr als 80 Beraterinnen und Berater den Integrationsprozess.

Zum Netzwerk gehören insbesondere

- die Beratungsstellen zur Verbesserung der gesellschaftlichen Integrationschancen von Migrantinnen und Migranten und zur Prävention von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (Integrationsberatung)
- die Beratungsstellen zur Unterstützung der ehemals angeworbenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen (Ausländersozialberatung)
- der landesweite Projektverbund zur Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten in Beruf und Arbeit (Entwicklungspartnerschaft EQUAL-SIMBA)
- die Beratungs- und Betreuungsangebote für arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund (Arbeitsmarktprogramm RABaZ-Migration).

Die Vernetzung in den Regionen ist mittlerweile weit voran geschritten. Eingebunden in die Arbeit der Verbände werden weitere Institutionen und Akteure - z.B. Fachkräfte aus dem Präventions- und Integrationsprogramm an schulischen Standorten (PRINT), Schulen und

Kindertagesstätten, Jugendhilfeeinrichtungen, Migrantenselbstorganisationen, Vereine und Initiativgruppen, Präventionsräte, Aussiedlerberatung, kommunale Behörden und Arbeitsverwaltungen. Zusammen mit dem PRINT-Programm wird die KMN zudem durch eine externe Evaluation begleitet und ausgewertet.

Die neue Landesregierung hat am 26. August 2003 das „Handlungsprogramm Integration“ an Stelle des Niedersächsischen Integrationsplans verabschiedet. Ein wichtiger Bestandteil des Handlungsprogramms ist – wie zuvor beim Integrationsplan – die Kooperative Migrationsarbeit. Auch die finanzielle Absicherung - insbesondere der vom Land geförderten Integrationsberatungsstellen - scheint zumindest für 2004 gewährleistet zu sein. Dem Beratungsverbund kommt somit auch künftig ein hoher Stellenwert bei der Unterstützung des Integrationsprozesses und der Förderung von präventiven Maßnahmen zu.

Winfried Schulz-Kaempff, Koordinationsstelle für die Kooperative Migrationsarbeit in Niedersachsen, Carl-von Ossietzky-Universität, Oldenburg

Berichte aus der Praxis

Stellungnahme der Migra-RABaZ Celle

Berufliche Qualifizierung ist für MigrantInnen eine wesentliche Voraussetzung nicht nur für die eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts, sondern auch für eine annähernd gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen Leben.

Da Deutschland, wie Arbeitsmarktprognosen zeigen und in der Öffentlichkeit diskutiert wird, auch in Zukunft auf EinwanderInnen angewiesen sein wird, deren Qualifikationsniveau teilweise angehoben werden muss, liegt darüber hinaus die berufliche Qualifizierung von MigrantInnen auch im Interesse einer zukunftsorientierten Arbeitsmarktpolitik.

Nach neuesten statistischen Daten leben in der Stadt (4.307) und im Landkreis (4.468) Celle insgesamt 8.775 Menschen ausländischer Herkunft. Davon kommen 3.097 Menschen aus der Türkei (vgl. Stadt Celle und Landkreis Celle, Ausländerjahresstatistik zum Stichtag 31.12.2002).

Im April 2003 waren im Arbeitsamtbezirk Celle 17.378 Menschen ohne Beschäftigung. Davon waren 10% ausländische Mitbürger. Die Arbeitslosenquote ist bei den ausländischen Mitbürgern mit 21,4% deutlich höher als die der Deutschen. Die Situation bei den Jugendlichen mit ausländischer Herkunft ist noch schlimmer als die allgemeine Lage.

Mit dem RABaZ-Programm soll die berufliche Integration von langzeitarbeitslosen jungen Erwachsenen unterstützt, begleitet und gefördert werden, die bei Beginn der Beratung noch nicht 25 Jahre alt sind.

Die Migra-RABaZ-Stelle Celle arbeitet seit dem 01. Mai 1999 in der Trägerschaft der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Celle e.V. Diese Stelle ist eine von fünf RABaZ-Stellen (die anderen Stellen befinden sich in Göttingen, Hannover, Wolfsburg und Delmenhorst) im Land Niedersachsen, die ausschließlich für junge Erwachsene ausländischer Herkunft zuständig sind.

Diese Zielgruppe direkt in eine Ausbildung oder Arbeit zu vermitteln, wird oft durch individuelle, (ausländer)rechtliche und soziale Probleme wie z.B. fehlende Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis, fehlende Schulabschlüsse, durch Sprach-, Drogen-, Wohnungs- oder Finanzprobleme

etc. erschwert, die im Vorfeld der beruflichen Integration geklärt werden müssen. Daneben sind bei MigrantInnen besondere, zusätzliche Faktoren miteinzubeziehen.

Beispielsweise ist bei der Berufswahl eine auffallend starke Konzentration auf einige besonders favorisierte Berufe erkennbar. Dies lässt sich einerseits u.a. durch die fehlende Kenntnisse der Berufswahlmöglichkeiten und durch elterliche Einflüsse auf die Berufswahl, erklären.

Auf der anderen Seite ist die Inanspruchnahme des Arbeitsamtes, insbesondere auch der Berufsberatung, bei ihnen besonders niedrig. Oftmals wurden Erfahrungen gemacht, die sie als negativ erlebten bzw. es wird antizipiert, dass das Arbeitsamt ihnen nicht helfen könne oder „Ausländer“ besonders schlecht behandelt würden.

Neben diesen aufgezeigten Besonderheiten, die bei vielen MigrantInnen festzustellen sind, gibt es auch von Seiten der Arbeitswelt Unterschiede in der Behandlung von MigrantInnen und deutschen Arbeitssuchenden. MigrantInnen werden aus unterschiedlichen Gründen benachteiligt

Die Integration dieser Jugendlichen und jungen Erwachsenen in die Gesellschaft bzw. in den Arbeitsmarkt erfordert detaillierte Kenntnisse ihrer besonderen Situation. Ebenso ist Einfühlungsvermögen in die Lebenswelt junger Menschen ausländischer Herkunft zentral für die Beratungsarbeit mit ihnen. Vorerfahrungen, Einstellungen, religiöser Hintergrund, familiäre Bedingungen und rechtliche Grundlagen sind nur einige Stichworte, die zur Einschätzung der Situation und für die sozialpädagogische Arbeit mit der Zielgruppe wichtig sind.

Oftmals fehlt den Jugendlichen angesichts ihrer persönlichen Lage, die gekennzeichnet sein kann durch häusliche Krisen, Identitätsprobleme, dem Überwiegen jugendtypischer Interessenlagen (Freund/Freundin Beziehungen), Obdachlosigkeit, Orientierungslosigkeit, Alkohol- und/oder Drogenprobleme, die notwendige Kraft und Motivation, sich um die berufliche Zukunft zu kümmern oder in einem erlangten Arbeits-/ Ausbildungsverhältnis durchzuhalten.

Die (Migra)-RABaZ – Stellen versuchen diese Hindernisse soweit wie möglich durch eine ganzheitliche Unterstützung zu beseitigen bzw. zu reduzieren. Beispielsweise werden Konflikte angesprochen, problematische Reaktionsformen und Verhaltensweisen thematisiert, potentielle Alternativen erarbeitet/ aufgezeigt, Gespräche mit Konfliktparteien geführt (Eltern, Lehrer, Ausbilder etc.), Motivationshemmnisse abgebaut, Perspektiven erschlossen, Schuldenregulierungen durchgeführt, Behördenprobleme geklärt, Wohnmöglichkeiten gesucht, therapeutische Maßnahmen eingeleitet oder auch an andere Einrichtungen verwiesen.

- Festzustellen ist, dass ein Beratungsbedarf bei allen Jugendlichen (aus o.g. Gründen besonders Jugendlichen ausländischer Herkunft) besteht, die Unterstützung bei der Integration ins soziale Leben und Berufsleben benötigen. Wenn man will, dass auch die Gruppe der sozial und bildungsmäßig benachteiligten Jugendlichen ausländischer Herkunft in den Arbeitsmarkt integriert werden, müssen sie besonders gefördert und unterstützt werden. Weiterhin ist es wichtig und nötig, dass auch langfristig in der Region eine Anlaufstelle für langzeitarbeitslose Jugendliche (Deutsche und Nichtdeutsche) vorhanden ist.

Autor: Mehmet Karakaya, Migra-RABaZ bei der AWO-Celle, Celle, 09.09.2003

RABaZ aus Sicht einer Jugendlichen

Was ist für mich RABaZ ?

RABaZ steht für Regionale Arbeits- und Bildungsangebote für Langzeitarbeitslose Jugendliche. RABaZ ist ein Projekt der Niedersächsischen Landesregierung mit dem Ziel, die Langzeitarbeitslosigkeit bei Jugendlichen deutlich zu reduzieren. RABaZ hat mir gegeben, mich weiter zu entwickeln.

Wie bin ich zu RABaZ gekommen ?

In der Wolfsburger Zeitung habe ich eine Annonce gelesen, die hieß „Motivierte Jugendliche suchen jetzt Arbeitsplätze“. Es ging um die Hilfe bei der Ausbildungs- oder Arbeitssuche für Ausländer und Aussiedler, oder junge Mütter. In der Zeit war ich eine junge Mutter, die einen Ausbildungsplatz suchte.

Wer hat mir bei der Ausbildungssuche geholfen ?

Das war RABaZ Mitarbeiterin Marie Thérèse Zadé.

Nach meinem Anruf habe ich den ersten Termin bei Marie Thérèse Zadé bekommen. Marie Thérèse Zadé war die qualifizierte Frau. Sie wusste genau, wo ich meine Probleme habe. Das erste Problem waren die Sprachkenntnisse, das zweite, muss ich zugeben: ich war zu schüchtern, mir fehlte der Mut. Frau Zadé hat mir beim Bewerbungsschreiben geholfen. Sie war mit mir überall, z.B. im Arbeitsamt, sogar beim Vorstellungsgespräch. Sie hat mir den Mut gegeben, die Angst zu besiegen.

Mein **Traum** ist wahr geworden.

Endlich habe ich einen Ausbildungsplatz bekommen. Ich habe 2 Jahre als Fachinformatikerin Systemintegration gelernt und natürlich abgeschlossen.

Wie ging's **weiter** ?

Jetzt bin ich auf der Suche nach einer Arbeitsstelle. Und was meinen Sie, wo gehe ich zuerst hin zum Arbeitsamt, oder zur meiner Freundin Marie Thérèse Zadé. Natürlich zur Frau Zadé, damit haben Sie auch Recht.

Meine **letzten Worte** an andere arbeitslose Jugendliche.

Es ist schwierig, wenn man allein in einem fremden Land ist und nicht weiß: was soll ich machen, wo soll ich hin, was kann aus mir werden? Das habe ich teilweise hinter mir. Deswegen sage ich ehrlich: „Geht zu RABaZ, da werdet Ihr auf jeden Fall Hilfe bekommen“.

Tatjana Schlee, Jugendliche in der Migra-RABaZ Betreuung in Wolfsburg

Zur Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten

Der oft zitierte Satz von Max Frisch - „Wir haben Arbeitskräfte gerufen, und es sind Menschen gekommen“ - ist auch nach Jahrzehnten weiterhin aktuell.

Die Lebenssituation der zugewanderten Menschen in Deutschland ist überdurchschnittlich von Einkommensarmut betroffen. Sowohl für Ausländerinnen als auch für Spätaussiedler/innen liegen die Armutsquoten zwei- bis dreimal höher als die Quote der Gesamtbevölkerung. Hinzu kommt, dass Migrant/innen nicht nur in stärkerem Maße arm sind, sondern auch häufiger und länger in Armut verbleiben.

Alarmierend ist die Situation der jugendlichen Migrantinnen und Migranten beim Zugang zu Ausbildung und Qualifizierung. Sie sind Deutschen zwar formell gleichgestellt, in der Praxis kann von Chancengleichheit jedoch nicht die Rede sein. Ausländische Jugendliche verfügen erheblich seltener als deutsche über formale Berufsabschlüsse. Sie sind häufiger als un- und angelernte Arbeitskräfte beschäftigt und auf untere Positionen verwiesen. Migrant/innen sind deutlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als deutsche Arbeitnehmer/innen.

Die Erwerbslosigkeit wirkt sich negativ auf das psychosoziale Befinden aus und kann bei langandauerndem ungewolltem Ausschluss vom Arbeitsmarkt massive negative Konsequenzen haben. Folgen können z.B. Flucht Tendenzen in Drogen, Resignation, Depression oder auch Gewalt und Kriminalität sein. Bei Migrantenjugendlichen zeigt sich zudem ein bedeutender Zusammenhang zwischen Erwerbslosigkeit und mangelnder gesellschaftlicher Integration.

Die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung und die Eröffnung gleicher Chancen sollte ein Anspruch auf allen Ebenen sein.

Autorin: Dimitra Atiselli, LAG JAW

„jugendsozialarbeit nord“ wird herausgegeben von der
Landesstelle Jugendsozialarbeit
V.i.S.d.P. Manfred von Hebel
Kopernikusstr. 3, 30167 Hannover
tel: 0511/12173-0 fax: 0511/12173-37 mail: infodienst@jugendsozialarbeit.de

